



**„Eat the Rich“? Politische Bildung im Kapitalismus: Transformativ – Disruptiv – Asymmetrisch.
Konferenz an der Universität Wien zur Zukunft der Politischen Bildung (2025)**

Ulrich Brand, Lara Kierot, Dirk Lange

Der normative Horizont der Politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen besteht darin, Menschen zu befähigen, mündig und kritisch zu denken sowie darüber Reflexivität und Selbstwirksamkeit zu entfalten. Die Bürger*innen können so zu Subjekten demokratischer politischer Gestaltung werden. Doch in kapitalistischen Gesellschaften ist es insbesondere die Sphäre der Ökonomie, die sich einer demokratischen Gestaltung entzieht, weil die zentralen Entscheidungen vom Management und den Besitzenden der Produktionsmittel getroffen werden. Und zwar nicht zur Herstellung eines – in der konkreten Ausgestaltung ohnehin umstrittenen – gesellschaftlichen Allgemeinwohls, sondern mit der Orientierung an Profit und Kapitalverwertung sowie den damit einhergehenden Herrschaftsstrukturen. Zusätzlich sind die international oft ausbeuterischen Verhältnisse einer demokratischen Gestaltung entzogen. Und dennoch sind sie Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft und des materiellen Wohlergehens von vielen Menschen in Ländern des globalen Nordens. Auch der Weltmarkt ist entlang von Profit, Wachstum und Herrschaft strukturiert.

Diese beiden Spannungen werden in der Politischen Bildung zu wenig berücksichtigt. Diese Diagnose bildete den Ausgangspunkt der diesjährigen Vienna Conference on Citizenship Education. Die seit 2019 jährlich stattfindende Konferenz wird von Lara Kierot und Dirk Lange vom Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien (ZLB) in Kooperation mit dem Demokratiezentrum Wien organisiert. Neben dem ZLB unterstützt die Kultur- und Wissenschaftsabteilung der Stadt Wien die Konferenz finanziell. Im Zentrum stehen die Implikationen kritischer Gesellschaftswissenschaft für die Bildungsforschung sowie der Dialog von Wissenschaft und Bildungspraxis. Wie bereits im Jahr 2021 war dieses Jahr Ulrich Brand vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien Kooperationspartner.

Um die Politische Bildung der Zukunft ging es bei der diesjährigen Konferenz entlang der drei Begriffe „transformativer“, „disruptiver“ und „asymmetrischer“ Politischer Bildung. Mit über einhundert Teilnehmenden und fast vierzig Vorträgen, Workshops und Posterpräsentationen war es die bislang größte Konferenz. Veronica Kaup-Hasler, Wiener Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, betonte in ihrer Begrüßung den großen Stellenwert für Demokratie und praktische Politik, wenn die politischen Subjekte ein umfassendes und kritisches Gesellschaftsverständnis erlernen.

Im ersten Teil ging es um ein genaueres Verständnis „disruptiver Politischer Bildung“. Diese radikale Position, sich nämlich auf die Schaffung einer für die Lernenden produktiven Lernumgebung zu konzentrieren und weniger auf vorgegebene Lerninhalte, skizzierten Ruth Sonderegger (Akademie für Bildende Künste Wien) und Valerie Scheibenpflug (Universität Wien) in ihren Vorträgen im Anschluss an Jacques Rancière und sein epochales Buch „Der Unwissende Lehrmeister“. Dem französischen Philosophen geht es um eine radikale Offenheit des Emanzipationsprozesses und entsprechend können disruptive Bildungsmomente als eine Form der politischen Subjektivierung begriffen werden. Politik versteht Rancière als eine Unterbrechung der Ordnung. Dies ist buchstäblich gemeint, aber auch im ästhetischen Sinne als eine Verschiebung des Sicht- und des Sagbaren sowie des Spektrums der Sprechenden. Wenn diejenigen, die als Lärm abgetan wurden, sich zu einem vorher nicht bestimmten Subjekt unter einem Namen subjektivieren (historisch etwa Proletarier*innen, Frauen, Kolonisierte, Schwarze, queere Menschen, Menschen mit Behinderung) unterbrechen sie die Ordnung, indem sie sich eine Stimme geben. Disruptive Politische Bildung zielt auf diese Momente der politischen

Subjektivierung des Bruchs mit der Ordnung – verbunden mit einer radikalen Offenheit der Zukunft gegenüber. In der Diskussion wurde zum Thema, ob aktuell nicht gerade rechts-autoritäre politische Kräfte derartige Disruptionen vorantreiben, diese sich aber von der Mündigkeit der Menschen und dem Anspruch auf Gleichheit entkoppeln.

„Transformative Politische Bildung“ hingegen basiert auf einer Analyse multipler gesellschaftlicher Krisen wie beispielweise der Klimakrise, der Demokratiekrise oder dem autoritären politischen Rechtsruck. Daraus wird eine notwendige gesellschaftliche bzw. sozial-ökologische Transformation abgeleitet. Transformative Politische Bildung fokussiert die gegenwärtigen politischen und sozialen Ansätze, wie mit den multiplen Krisen umgegangen werden soll – beispielsweise zwischen Projekten der ökologischen Modernisierung und einem anti-ökologischen und autoritären Backlash. Das gesellschaftliche Problem, nämlich der fossile und ausbeuterische Kapitalismus, und damit auch das Ziel seiner Überwindung sind im transformativen Zugriff offensichtlich und strukturieren die Politische Bildung. Transformativ steht schließlich für Weiterentwicklung von selbstreflexiven Perspektiven auf der individuellen, kollektiven und strukturellen Ebene sowie Reflexion über die (hegemoniale) Verwobenheit aller Ebenen miteinander.

Mandy Singer-Brodowski (Universität Regensburg) gab einen breit gefächerten Überblick über den Stellenwert von ökologischer Krise und Nachhaltigkeit in der Politischen Bildung. Einen Schwerpunkt legte sie auf die psychodynamischen Herausforderungen eines transformativen Lernens und betonte, dass Lernprozesse bedeuten, sich sehr konkret mit den Perspektiven der Lernenden im Hinblick auf (Nicht-)Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Damit können Bedeutungsperspektiven, Vorurteile und Meinungen verändert sowie kritisches Denken und Urteilen befördert werden. Singer-Brodowski eröffnete auch eine Diskussion, die sich durch die weitere Konferenz zog, dass nämlich offen mit den Emotionen der Lernenden, die ja durchaus mit den sich zuspitzenden Krisen zu tun haben, umgegangen werden sollte. Dies betonte auch Maida Schuller (Universität Wien) in ihrem Beitrag. Das hat auch Implikationen für die unterschiedlichen Ansätze der Politischen Bildung, die das Thema der Emotionen bislang weitgehend marginalisieren.

Sehr konkret haben Dominik Feldmann und Ralph Blasche (Universität Gießen) die Rolle von Konflikten für die Politische Bildung herausgearbeitet, insbesondere die vielfältigen Konflikte um die Bearbeitung der aktuellen kapitalistischen Krisen. Zudem haben sie aus ihren Forschungen heraus ein wichtiges Kriterium für Politische Bildung formuliert, nämlich die fehlende bzw. herzustellende demokratische Verfügung über die Lebensbedingungen von Menschen. Darauf wies auch Waltraud Meints-Stender (Hochschule Niederrhein) hin, die in einer Rekonstruktion verschiedener Freiheitsbegriffe in der politischen Philosophie zeigte, wie Freiheit immer wieder an die Grenze kapitalistischer Vergesellschaftung stößt.

In ihren beiden Vorträgen zur „Asymmetrischen Politischen Bildung“ wiesen Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld sowie Nicola Nagy von der Universität Wien darauf hin, dass kapitalistische Vergesellschaftung auf massiven und strukturellen Ungleichheiten basiert. Sozioökonomische Ungleichheit entlang von intersektionalen Klassen-, Geschlechter- oder rassifizierenden Strukturen gefährdet das Prinzip politischer Gleichheit. Entsprechend soll Politische Bildung parteiisch für die Benachteiligten eintreten. Ein zentrales Anliegen besteht darin, dass die Lernenden in der Lage sind, ihre partikularen Interessen zu erkennen, sich mit anderen zusammenzuschließen und von hier aus die kapitalistische Ungleichheitsordnung infrage zu stellen und zu verändern. Mit einem solchen systematischen Blick auf Ungleichheit, darauf wies Christopher Wimmer vom Berliner Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft hin, kann die vermeintliche politische Interessenlosigkeit

marginalisierter Bevölkerungsgruppen eher als Ausdruck von Ohnmacht verstanden werden und eben nicht als fehlendes Interesse am politischen Geschehen.

Malte Kleinschmidt von der Universität Hannover wies unter anderem auf den aktuellen Widerspruch hin, dass es unter dem rechtsautoritären Druck oft darum gehe, „unsere“ real existierende Demokratie und Wertegemeinschaft zu verteidigen. Doch dabei würden eben wichtige Dimensionen ausgeblendet: Die Stabilisierung von Ungleichheit durch die liberale Demokratie und die Verbindung der westlichen Demokratie mit Nation, Nationalismus und Kolonialismus. Eine rassismuskritische Politische Bildung kann hier auf wichtige Blindstellen hinweisen.

Werner Friedrichs von der Universität Bamberg verwies angesichts zunehmender Krisen auf eine verbreitete „Transformationsdepression“ in Politik und Gesellschaft, weil ein Umbau der Gesellschaft entlang der Prinzipien Gleichheit und Nachhaltigkeit von vielen als ohnehin nicht erreichbar eingeschätzt werde. Politische Bildung hätte daher zur Aufgabe, „sinnhafte Selbst- und Weltverhältnisse“ zu fördern, also ein Bewusstsein der eigenen Rolle in der Welt und konkrete Handlungsmöglichkeiten. Doch dafür müssten auch „moderne“ Weltverständnisse hinterfragt werden, wie etwa die Selbstverständlichkeit eines nationalen Containerraums, die selbstverständliche Externalisierung von Problemen in andere Weltregionen oder Disziplinierung als zentrales Element gesellschaftlicher Integration und Anerkennung.

Zentrale Ergebnisse der Konferenz für die Bildungsforschung sind exemplarisch: Für Lehrer*innen sind take-aways der Konferenz, dass demokratische Bildung sich mit den auf Ungleichheit basierenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen auseinandersetzen muss. Die Lernenden sind keine „Marktsubjekte“, denen es um die vermeintliche Optimierung ihrer Interessen geht, sondern als Lohnabhängige und Konsumierende tief in diesen Verhältnissen verhaftet.

Thomas Krüger, bis vor wenigen Monaten über einen Zeitraum von 25 Jahren als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland tätig, betonte in seinem Beitrag, dass die institutionellen Möglichkeiten zur Förderung einer gesellschaftskritischen Politischen Bildung immer wieder aktiv geschaffen werden müssen und von interessierter Seite infrage gestellt werden; aktuell in Deutschland insbesondere durch die AfD.

Weiters gibt nicht das eine richtige Lernsetting oder die „beste“ Unterrichtsmethode, Lehrende sollten stattdessen über ein breites didaktisches Repertoire verfügen und unterschiedliche Lernvoraussetzungen berücksichtigen.

In den Curricula der Lehramtsstudien sollten insbesondere die enorm ungleichen, aber zusammenhängenden globalen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse systematischer verankert werden. Dasselbe gilt für Ungleichheitsfragen und die Möglichkeit, durch das Erlernen pluraler Perspektiven die herrschenden, oft einseitigen Narrative über gesellschaftliche Probleme und ihre mögliche Bearbeitung zu hinterfragen. Das trifft auch für das Thema der Emotionen und Betroffenheit von Lernenden zu, die nicht negativ verstanden, sondern zum Ausgangspunkt von Lernprozessen gemacht werden sollten.

Für Lehramtsstudierende wird es in Zukunft wichtiger werden, sich auf rasch verändernde gesellschaftliche Entwicklungen einzustellen und den Lernenden kritische Reflexionsangebote zu machen. Sie sollten auch darauf vorbereitet werden, unterschiedliche Lebens- und Interessenlagen sprechbar zu machen – und Armut, Ausschluss oder geringe Literalität nicht mit Scham besetzt zu



lassen. Es geht weniger um die Abarbeitung des Lehrplans oder Bildungskanons, sondern um die Möglichkeit, eigene und je spezifische Erfahrungen in Lernprozessen zu verarbeiten.

Gerade für die Praktiker*innen bietet die Konferenz die Möglichkeit, sich mit den aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen vertraut zu machen und vor diesem Hintergrund ihre eigene Lehrpraxis zu reflektieren. Dies hob auch Gerd Steffens (Universität Kassel) in seinem abschließenden Kommentar hervor: Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen wie etwa Klimakrise, Kriege und Militarisierung, müssen immer wieder Annahmen von Argumentationen sowie verschiedene Perspektiven explizit gemacht und Begründungen eingefordert werden. Das ist ein Kernanliegen einer Politischen Bildung, die Mündigkeit und Handlungsfähigkeit zu wichtigen Bezugspunkten macht. Der Konferenzband wird die Möglichkeit geben, die Vorträge in überarbeiteter Form nachzulesen.